



Tino Sorge
Mitglied des Deutschen Bundestages
Rechtsanwalt

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 23.11.2021

Zur Debatte um Strafzahlungen für Kliniken:
„Die Pflegepersonal-Untergrenzen sofort aussetzen“

Tino Sorge MdB

Durch die Pflegepersonaluntergrenzen drohen Kliniken Strafzahlungen, wenn sie aufgrund der vierten Corona-Welle besonders viele Patienten aufnehmen müssen. Dazu sagt der Magdeburger Bundestagsabgeordnete Tino Sorge (CDU):

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
T: 030/ 227 - 77 410
F: 030/ 227 - 76 408
M: tino.sorge@bundestag.de

„Die Pflegepersonaluntergrenzen müssen sofort ausgesetzt werden, solange die Pandemie unsere Kliniken so stark fordert. Sie sind in der aktuellen Lage das völlig falsche Instrument.“

CDU-Wahlkreisbüro
Fürstenwallstraße 17
39104 Magdeburg
T: 0391/ 25 49 816
F: 0391/ 25 49 811
M: tino.sorge.wk@bundestag.de

„Unsere Ärzte und Pflegekräfte geben alles, um in der vierten Welle möglichst viele Patienten gut zu behandeln“, so Sorge weiter, der seit 2013 Mitglied im Gesundheitsausschuss des Bundestages ist. **„Es darf nicht sein, dass den Kliniken jetzt auch noch Strafzahlungen drohen, wenn sie pandemiebedingt mehr Menschen versorgen als normal. In der Krise müssen andere Maßstäbe gelten.“**

„Schon im Jahr 2020 gab es gute Gründe, um für bestimmte Zeit auf die Untergrenzen zu verzichten. Die gibt es jetzt wieder, denn erneut arbeiten viele Kliniken an der Belastungsgrenze.“ Der Magdeburger Gesundheitspolitiker fordert darum die erneute Aussetzung der Personaluntergrenzen. **„Auch die Ministerpräsidentenkonferenz letzte Woche hat den Handlungsbedarf in diesem Punkt bestätigt.“**

Hintergrund/ aus Punkt 15 der Beschlusspapiers der MPK vom 18.11.21:

„Bund und Länder verweisen auf die heute schon bestehenden Ausnahmemöglichkeiten innerhalb der Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung und prüfen, ob gegebenenfalls weitere Regelungen nötig sind.“

V.i.S.d.P.: Tino Sorge MdB (CDU), Rechtsanwalt, seit 2013 Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Magdeburg. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit, Berichterstatter der Unionsfraktion für Digitalisierung und Gesundheitswirtschaft. Stv. Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technologiefolgenabschätzung. Seit 2018 Mitglied im Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Landesvorsitzender des VdK Sachsen-Anhalt, Mitglied im Vorstand des Parlamentskreises Mittelstand. Seit 2019 Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) Magdeburg.